

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Bismarck

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 4. Spalte 1,50 Gulden, 5. Spalte 1,00 Gulden, 6. Spalte 0,50 Gulden, 7. Spalte 0,25 Gulden, 8. Spalte 0,15 Gulden, 9. Spalte 0,10 Gulden, 10. Spalte 0,05 Gulden. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6. Postfachkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 43 Mittwoch, den 20. Februar 1924 15. Jahrg.

## Reform der Kommunalverfassung.

Danzig, den 20. Februar 1924. — 7.

Nachdem die Revolution von 1918 dem deutschen Volke die politische Befreiung brachte, wäre es angebracht gewesen, die kommunale Verwaltung von Grund auf neu zu gestalten. Jedoch hat man sich damals mit einer Reform der Bestimmungen für die Wahlen zu den kommunalen Verwaltungsgremien begnügt in der Ansicht, daß erst die Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisparlamenten vollzogen werden müßten und dann die Zeit eine Umgestaltung der gesamten Kommunalverwaltung mit sich bringen würde. Aber leider ist in Preußen eine Neuordnung dieser Dinge bisher nicht erfolgt. Nachdem die preussische Staatsregierung mehrmals den angekündigten Termin zur Einbringung von Entwürfen für eine preussische Städteordnung und eine preussische Landgemeindeordnung wieder verschoben mußte, sind am 2. Januar 1923 endlich die angekündigten Vorlagen dem preussischen Landtag durch das preussische Staatsministerium zugegangen. Der preussische Landtag aber ist zu einer Erledigung dieser Gesetzesentwürfe nicht gelangt, weil der geringe moderne Hauch, welchen die Vorlagen atmeten, dem reaktionären Klänge des ehemaligen Dreiklassenhauses zu freibleibend waren und dieser Gesetzesentwurf einfach von den Oberbürgern sabotiert wurde. Der Entwurf einer der heutigen Zeitverhältnisse entsprechenden Kreisordnung ist aus den Geheimbüchern der preussischen Regierung noch nicht herausgekommen. Die beiden genannten Entwürfe sollten den Führer darstellen, den das preussische Staatsministerium austretete, um zu sehen, ob es die Macht hat, die Vormachtstellung der preussischen Landräte zu beseitigen.

In Danzig wurde die Frage einer Neuordnung der kommunalen Verwaltung bereits im vorigen Jahre im Volkstag erhoben. Die Sozialdemokratische Partei wünschte die Beseitigung des Ueberbleibels aus der feudalen Zeit, nämlich der Gutsbezirke. Der Danziger Senat erklärte aber daraufhin, daß in Preußen diese Frage auch noch nicht gelöst sei und es nicht angeht, daß Danzig mit seiner Reform Preußen vorgehe. Der Volkstag stand aber damals in seiner Mehrheit auf dem Standpunkt, daß Danzig ein selbständiger, von Preußen unabhängiger Staat sei, der seine Gesetze ohne Bevormundung durch andere Staaten erlasse; er war auch weiter der Ansicht, daß auch einmal aus den Gehirnen des Danziger Senats und seiner Regierungsräte ein eigenes Geistesprodukt erzeugt werden müsse und nicht immer alle Geisse abzuschreiben seien. Der Volkstag nahm mit Mehrheitsbeschluß einen Antrag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei an, nach welchem der Senat bis zum 1. September 1923 dem Volkstag einen Gesetzesentwurf über Beseitigung der Gutsbezirke vorzulegen habe. Der Senat aber mißachtete, wie so viele Male, auch diesen Beschluß des Volkstages und hat bis heute noch nicht daran gedacht, dem Wunsch der Volkstagsmehrheit auf Beseitigung des Absolutismus bei den Gutsbezirken zu entsprechen.

Die bisherigen Bestimmungen der preussischen Städteordnung und der preussischen Landgemeindeordnung sind für unser Freistadtgebiet unannehmlich. Eine Vereinfachung in der Verwaltung scheint das Notwendige zu sein. Hier muß man eine Vereinfachung der Landratsämter fordern. Für das Gebiet der Freien Stadt kann ganz gut auch eine Verschmelzung der beiden Verfassungen, der Städteordnung und der Landgemeindeordnung, vorgenommen werden. Im einzelnen wollen wir auf die Schäden der bisherigen Gemeindeverfassung hinweisen, um darzutun, wie notwendig eine baldige Abänderung ist.

Zu erster Linie handelt es sich um die Beseitigung der selbständigen Gutsbezirke. Die wesentliche Eigentümlichkeit der selbständigen Gutsbezirke besteht darin, daß der Gutsbesitzer die öffentlich-rechtlichen Lasten trägt, andererseits aber auch allein als Gutsvorsteher oder durch einen von ihm bestellten Stellvertreter den Gutsbezirk öffentlich-rechtlich verwaltet, eine Gemeindevertretung besteht nicht. Gen. Brill hat in dieser Frage im Volkstag darauf hingewiesen, wieviel Staatsbürger auf diese Weise um ihre staatsbürgerlichen Rechte betrogen werden und welchen Schaden die Bewohner der Gutsbezirke durch das Verbleiben dieser vorantiklinalen Bekleidung haben. Diese Gemeindeverfassung ist mit der berechtigten Forderung, daß jeder an dem Gemeindegeld teilzunehmen kann, unvereinbar und muß daher baldigst eine Aufhebung der Gutsbezirke durch eine Neuordnung der Gemeindeverfassung erfolgen.

Ein zweiter Fehler ist die Möglichkeit den Gemeinden, sich zur gemeinschaftlichen Erfüllung derselben Aufgaben und gleichzeitigen Verteilung der Lasten auf breitere Schultern zusammenzuschließen, nicht gegeben ist. Wie überhaupt im Leben, so franten auch zahlreiche Gemeinden der Freien Stadt bisher daran, daß sie teils leistungsunfähig, teils leistungsschwach sind, daß die Entwicklung des Gemeindegeldes und die Tätigkeit der Gemeinde im Interesse ihrer Bewohner stark zurückbleibt. Durch die auch in der Freien Stadt noch bestehende preussische Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 ist ein Zusammenschluß mehrerer Gemeinden auf die Amtsbezirke beschränkt worden, der sich lediglich auf die gemeinsame Wahrnehmung der Vollzeitspflichten erstreckte. Der Amtsvorsteher wird vom Landrat ernannt und ist auch diesem nur verantwortlich. Um ein eigentliches kommunales Leben entwickeln zu können, muß die Möglichkeit der Bildung von Gemeindeverbänden geschaffen werden, wie sie in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen bestehen. In der Rheinprovinz bestehen die unter dem Einfluß der französischen Gemeindevorgänge entstandenen Landbürgermeistereien, in der Provinz Westfalen die Ämter. Sie beabsichtigen eine Verteilung der Lasten auf breitere Schultern. Durch diese Landbürgermeistereien und Ämter werden leistungsschwache und leistungsunfähige Gemeinden zusammengelegt und zu einem Kommunalverband mit den Rechten einer Gemeinde vereinigt. In der Spitze dieser Kommunalverbände steht im Rheinland der Landbürgermeister, in der Provinz Westfalen der Amtmann. Diesen sind in bezug auf die Verwaltung der einzelnen Gemeinden wichtige Befugnisse übertragen, wodurch sie auch auf die in der Verwaltung der einzelnen Gemeinden verbliebenen Angelegenheiten einen tatsächlichen Einfluß ausüben. Auf diese Weise

ist das kommunale Leben in der Rheinprovinz und in Westfalen zu einer hohen, bei uns unbekanntem Maße gelangt. Diese Einrichtung sollte man sich in der Freien Stadt bei der notwendig baldigst vorzunehmenden Neuordnung der Gemeindeverfassung vor Augen halten. Auf dem Lande fehlt es an kommunalpolitisch geschulten Kräften. Die ehrenamtlichen Gemeindevorsteher besitzen zum größten Teil nicht die nötigen Kenntnisse, wie auch tüchtige Kräfte an der Gemeindegeldarbeit in vielen Gemeinden nicht aufzutreiben sind. Eine Vereinigung von Gemeinden wird die Hauptarbeit auf den Kommunalverband werfen, was für das kommunale Leben von großem Vorteil sein würde. Es wäre auch zu prüfen, ob nicht eine Eingemeindung vieler Ortschaften in leistungsfähigere Gemeinden am Platze ist. Eine Kommunalreform mit diesen Zielen ist eine der dringendsten Aufgaben des jetzigen Volkstages.

## Der englische Dockarbeiterstreik.

Der Generalkonvent des englischen Gewerkschaftskongresses hat gestern beschlossen, den an dem Dockarbeiterstreik beteiligten Gewerkschaften die Unterstützung der britischen Gewerkschaftsbewegung zu gewähren. Der Dockarbeiterstreik hat den Eisen- und Stahlhandel bereits desorganisiert, obgleich die volle Wirkung des Streiks noch nicht eingetreten ist.

In Southampton haben ungefähr 1000 auf den Schiffswerken beschäftigte Techniker die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine Lohnserhöhung von 17½ Schilling wöchentlich.

Die Regierung erörterte Montag die durch den Dockarbeiterstreik geschaffene Lage in einer einhaldstündigen Sitzung. Es wurden Pläne zur Aufrechterhaltung des Transportdienstes und Notstandsmaßnahmen zur Sicherung der Lebensmittellieferung erwogen. Da für eine Erhöhung der Preise für Fleisch und andere Waren, die sich in verschiedenen Teilen des Landes zeigt, keine Veranlassung besteht, hat das Kabinett die zuständigen Beamten beauftragt, Bestimmungen auszuarbeiten, durch die eine Ausbeutung der Verbraucher infolge des Streiks verhindert werden würde.

## Geiseln für die Separatisten.

Nach einer Bekanntmachung der interalliierten Rheinlandkommission ist eine Liste von Geiseln aufgestellt worden, die für die Sicherheit der Separatisten haften sollen. Es ist bemerkenswert, daß die Geiseln sämtlich Herren sind, die sich anlässlich des Empfanges der Pfalzvertreter durch General-Adjutant Clive energisch gegen den Separatistenterror ausgesprochen haben.

## Polen und die Baltischen Staaten.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Am 13. Februar sollte in Warschau eine schon mehrmals verschobene Konferenz der Ministerpräsidenten der baltischen Staaten und Polens beginnen, nachdem der neuernannte polnische Ministerpräsident Graf Zamonski endlich in Warschau eingetroffen war. Derartige Konferenzen zwischen Vertretern der genannten Staaten haben bisher bereits wiederholt, mindestens alljährlich stattgefunden, ohne ein erwähnenswertes politisches Ergebnis gehabt zu haben. Die Gründe hierfür liegen in erster Linie in der polnischen Politik.

Vorwegnehmen muß man hierbei zunächst des Verhältnisses Polens zu Litauen. Zwischen beiden Staaten bestehen bis heute wegen des Raubes des Wilnaer Landes durch Polen noch keine politischen Beziehungen. Auf derartigen Randstaatenkonferenzen pflegt daher entweder Polen oder Litauen zu fehlen, und diese Unmöglichkeit, Polen und Litauen zusammenzubringen, schießt auf absehbare Zeit einen vollständigen Baltischen Bund aus.

Abgesehen davon ist jedoch grundsätzlich zu bedenken: Polen ist weit größer als alle Baltischen Staaten zusammen. In einem baltischen Bund würde es daher eine natürliche Hegemonie haben und diese in seinem Sinne ausnützen. Damit wäre aber den Interessen der baltischen Staaten bei der unklaren, im Grunde ihres Wesens trotz aller friedlichen offiziellen Versicherungen nicht friedlichen Politik Polens nicht gedient. Entweder müßten sie im Ernstfalle herhalten, Polen den Rücken gegen Rußland zu decken, wobei es besonders für Finnland sehr zweifelhaft ist, ob eine Verbindung mit Polen gegenüber Rußland ein Schutz und nicht vielmehr eine Gefährdung wäre. Oder sie müßten sich im Gefolge Polens als Trabanten der französischen Einflußpolitik gegen Deutschland einspannen lassen, ein Ziel, das Frankreich seit jeher in den baltischen Hauptstädten eifrig betreibt und dem zweifellos auch der neue polnische Außenminister, der mit frühen Instruktionen von Paris kommt, nachstreben wird. Daran aber haben die baltischen Staaten kein politisches, geschweige denn ein wirtschaftliches Interesse.

Gewiß ist die Lage der winzigen Baltischen Staaten auf die Dauer heikel, denn kein hartes Rußland wird sich an der Dilemma mit dem monarcalen vereinten Oafen von Petersburg begnügen. Darüber sind sich alle klarschauenden Politiker in Romno, Riga und Reval klar; nur für Finnland, das niemals ein russisches Gouvernement war, ist die Gefahr einer Wiederaufnahme durch Rußland geringer. Aber gerade darum ist das wirkliche Problem der Zukunft der Baltischen Staaten, eine Kombination zu finden, die Rußlands wirtschaftliche Bedürfnisse in dieser Hinsicht befriedigt und doch dabei ihre politische Selbständigkeit wenigstens in der Form einer weitgehenden Autonomie wahrt. Dieses Problem ist jetzt nur durch die bolschewistische Herrschaft in Rußland kompliziert und verwickelt. Seine Lösung kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Baltischen Staaten ihr Geschick mit der Politik Polens verknüpfen.

Das sind die natürlichen Ursachen, die einen Baltischen Bund unter Polens Führung wenig aussichtsreich erscheinen lassen, selbst wenn es polnisch-französischen Einflüssen gelingen sollte, vorübergehend engere Zusammenhänge herzustellen.

## Bürgerlicher Klassendünkel.

Gegenüber dem „rilden Gossentou der sozialdemokratischen Presse“ befechtigt sich die bürgerliche Presse im politischen Kampf bekanntlich der größten Vornehmheit. Man ergeht sich angeblich nicht in Klassenkampf und bekämpft den Gegner nur mit Sachlichkeit. Dafür ein kleines Beispiel aus den gestrigen „Danziger Neuesten Nachrichten“:

### Die berühmte freie Bahn.

Ein Stallschweizer als preussischer Landrat.

Zum Landrat des Kreises Hersfeld (Regierungsbezirk Kassel) ist der bisherige Stallschweizer, lebhafte sozialdemokratische Parteigänger, Hauschild ernannt worden. Da er nicht imstande ist, die Landratsgeschäfte selbstständig zu führen — er kann gerade so lesen und schreiben —, hat man zu seiner Entlastung zwei juristisch vorgebildete Vertreter ernannt.

So erhält man in Preußen drei für einen Beamten. Zwei arbeiten und der dritte, der das volle Gehalt einsteckt, macht in Politik. Wie die Formel lautet: Alles für das Volk.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ sind bekanntlich ein Organ der „Deutschen Partei“, die angeblich auch demokratische Grundzüge vertritt. In der Reichspolitik schwimmt dieses Blatt jedoch völlig im deutschen Nationalen Fahrwasser. So nur ist die obige schändliche Auslassung verständlich, die an die übelsten Zeiten der Ebert-Dege erinnert. Wird doch mit der obigen traurigen Polemik selbst die Politik der Deutschen Volkspartei mißkreditiert, der man wahrlich schon keine demokratischen Allüren nachtragen kann. Diese Partei ist bekanntlich in Preußen mit in der Regierung, und die Anstellung von Landräten erfolgt auf Beschluß des Gesamtministeriums.

Ob Gen. Hauschild ehemals Stallschweizer gewesen ist, wissen wir nicht. Eine Schande ist es nicht. Das vornehme Blatt verschweigt jedoch, daß Gen. Hauschild schon seit Jahren sozialdemokratischer Redakteur und Mitglied des preussischen Landtages ist. Es ist eine traurige Kampfart, diesem gewandten sozialdemokratischen Journalisten und Redner nachzutragen, daß er gerade so schreiben und lesen kann. Der jetzige englische Ministerpräsident Macdonald, von dem unsere deutschnationalen Politiker jetzt allerlei Hilfe gegen Frankreich erhoffen, und den die Deutschen Nationalen selbst in unserem Volkstag nicht häufig genug zitieren können, ist bekanntlich selbst einmal einfacher Landarbeiter gewesen. In England ist es aber deshalb niemand eingefallen, in dieser herabsagenden Art von dem „Landarbeiter als Ministerpräsidenten“ zu sprechen. Für unsere bürgerlichen Politiker aber jängt der Mensch immer noch erst an beim Referat, Korrespondenten oder Kommerzienrat. Alles andere ist ungehöriger Pöbel, der nicht aufzumachen hat.

Und dann wundern sich die Bürgerlichen, wenn die Sozialdemokraten die Volksgemeinschaft mit solchen traurigen Geiseln ablehnen.

## Meerfelds Londoner Eindrücke.

Reichstagsabgeordneter Gen. Meerfeld ist von seiner Londoner Reise zurückgekehrt. Er berichtet über seine dort gemachten Eindrücke in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ u. a.: Macdonald hat sich veranlaßt gesehen, Poincaré nicht dadurch zu verstimmen, daß er Vertreter des Rheinlandes eine offizielle Unterredung gewährte. Wir konnten aber mehrere Minister sprechen und hatten Gelegenheit, vor einem ausgewählten Kreise von Abgeordneten und Führern der Labour Party zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren. Der hervorsteckendste Eindruck bei allen diesen Besprechungen war, daß im Mittelpunkt der politischen Betrachtungen der Engländer die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sowie die von Frankreich sehr geschickt behandelte Frage der Sicherheit im Rheinland stehen. Ueber beide Fragen haben wir selbstverständlich mit aller Offenheit gesprochen und den deutschen Standpunkt begründet. Daneben wurde noch eine Menge anderer Dinge besprochen, so die Frage der etwaigen Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein, die Frage der Beschleunigung der englischen Zahlungsfähigkeit, des Sonderbündlertums, der politischen Gefahren im Rheinland. Auch hier ist zu betonen, daß die Engländer die Dinge eben englisch sehen, aber dennoch durchaus reges Interesse für unsere Auffassung bekundeten und durch entsprechende Fragestellungen ihr Wissen zu vertiefen suchten. Alles in allem konnten wir von London mit dem Bewußtsein scheiden, keine vergebliche Reise gemacht zu haben.

Der italienisch-russische Handelsvertrag. Die Ratifizierung des italienisch-russischen Handelsvertrages dürfte binnen zehn Tagen erfolgen. Ueber seinen Inhalt wird noch Stillschweigen bewahrt. In diesem Vertrage soll die Wichtigkeit der italienisch-russischen Handelsbeziehungen in jeder Beziehung sowie die Frage der See- und Eisenbahntransporte in der Gegend des Kaspiischen Meeres eingehend behandelt werden. Italien sollen bedeutende Konzessionen zur Ausbeutung der Kapththalager durch eine bereits bestehende italienische Gesellschaft zugesichert. Es sei weiterhin möglich, daß Italien landwirtschaftliche und Kohlenkonzessionen gewährt würden. Der Vertrag soll weiter vorleben, daß der Erlös aus der russischen Einfuhr in Italien zum gewissen Teil zum Ankauf italienischer Erzeugnisse verwendet wird. Ueber die durch die Revision des italienischen Staatsangehörigen ausgeübten Schäden soll Italien auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandelt werden. Inzwischen würden die italienischen Staatsangehörigen, die die russischen Gesetze respektieren, ihre Anwesenheiten und die nicht enteigneten Häuser zu rückerhalten.



# Danziger Nachrichten

## Die Vereinfachung der Verwaltung.

In treffender Weise ist in der Ansprache im Volkstag verlangt worden, hat des Abbaues der Beamten und Angestellten eine gründliche Verwaltungsreform vorzunehmen. Es besteht zwar bereits eine Kommission, die Vorschläge für eine Vereinfachung der Verwaltung machen soll, aber bisher ist kein Ergebnis herausgekommen. Es ist nun empfohlen worden, bei jeder Behörde einen Ausschuss einzusetzen, dem mittlere und untere Beamte angehören und der die Aufgabe erhalten soll, die Vereinfachungsfrage zu bearbeiten und Vorschläge zu machen. Es wurde dem entgegen gehalten, daß diese Ausschüsse auch verjagen würden, weil die Personen teilweise über ihr eigenes Interesse bestanden müßten. — Das Beste wäre, wenn Volkstag und Senat einen kleinen Ausschuss einsetzen würden, dem die Aufgabe gestellt wird, die Grundzüge für eine gründliche Reform und Vereinfachung der ganzen Verwaltung des Staates und aller Behörden aufzustellen. Als Mitglieder dieses Ausschusses müßte man praktische, organisatorisch erfahrene geschäftstüchtige und weitsichtige Männer wählen, die einzeln das Recht haben, in jedes Bureau zu gehen und sich dort von den Beamten eingehende Auskunft geben zu lassen. Diese Männer würden dann sehr schnell einen klaren Ueberblick über die Dinge erhalten und könnten dann selbständige Vorschläge machen. Sie würden auf diesem Wege alle die Erfahrungen und Kenntnisse erlangen, die bisher jeder Beamte als Geheimnis für sich behielt und die vorzuschlagen er sich oft nicht getrauen dürfte. In einem uns bekannten Falle wurde der Behörde ein grundsätzlicher und tiefgreifender Reformvorschlag gemacht. Dem Vorschlagenden wurden von andern Bureaukräften die ernstesten Warnungen vorgehalten. Er gefährde seine ganze Stellung und Zukunft, wenn er sich herausnehme, dem Präsidenten Verbesserungsansprüche für den Betrieb selbst zu machen. Er möge Recht haben, aber er solle einfach seinen Dienst tun und sich nicht um Reformen kümmern. Bei solchem Geiste kann man sich den Erfolg des Vorschlages wohl denken. Der Chef der Behörde hat die Eingabe korrekt dem Dezernenten übergeben, der dem Vorschlagenden dann mündlich darlegte, daß die Behörde natürlich in den vergangenen Jahrzehnten längst die praktischsten Wege herausgefunden habe. Man wisse aber nicht, ob sich die Verbesserungsvorschläge in der Praxis bewähren würden. Und es blieb alles unverändert. In den Ausschuss müssen also Männer gewählt werden, an die sich kein Bureaukrat mit Warnungen heranwagen darf. Der Ausschuss muß unabhängig sein und freies Betätigungsfeld haben. Dann wird seine Arbeit auch Erfolge zeitigen.

## Verlegung der polnischen Eisenbahndirektion.

Zu der von einer polnischen Zeitung gebrachten Mitteilung über eine Verlegung der polnischen Staatsbahndirektion von Danzig nach Bramberg erfahren wir, daß amtlich bei den Danziger Behörden hierüber nichts bekannt ist. Bekanntlich hatte in der Frage der Verlegung der polnischen Eisenbahndirektion der Hohe Kommissar des Völkerbundes am 12. Dezember 1922 eine Entscheidung dahin gefällt, daß Polen kein Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als den auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig gelegenen beschäftigt. Polen hatte gegen diese Entscheidung Berufung beim Rat des Völkerbundes eingelegt, und dieser hatte entschieden, daß noch einmal Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden sollten. Bei diesen Verhandlungen, die vor kurzem in Danzig stattfanden, hatte Polen keine Geneigtheit gezeigt, sich mit Danzig zu einigen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die polnischen Behörden sich nunmehr der Entscheidung des Hohen Kommissars vom 12. Dezember 1922 fügen wollen. Anlaß zu einer Bemerkung für die Danziger Geschäftswelt besteht nicht, da es sich bei der Verlegung lediglich um die Verwaltung der pommerschen Strecken, nicht um die Danziger Strecken handeln kann.

## Die Neuordnung der Gewerbesteuer.

Das Gewerbesteuergesetz der Freien Stadt vom 8. Mai 1923 bestimmt in § 8, daß die Steuereinheit jährlich durch das Steuergesetz festzusetzen ist. Diese ist für 1924 auf 1600 Gulden festgesetzt. Es sind also die Betriebe, die unter 1600 Gulden Ertrag haben, steuerfrei. Von 1600 bis 3200 Gulden ist der Satz 3 Prozent, von 3200 bis 4800 6 Prozent, von 4800 bis 6400 9 Prozent, von 6400 bis 8000 10 Prozent, von 8000 bis 9600 11 Prozent, für den weiteren Ertrag 12 Prozent.

Nach der Art des Gewerbebetriebes sind im allgemeinen der ersten Gruppe zuzurechnen: Großunternehmungen und Großbetriebe aller Art sowie deren Zweigbetriebsstätten, insbesondere Banken, Fabriken, Mühlen mit Kraft- oder Wasserbetrieb, Schiffreedereien, Werften, Warenhäuser, Großschäfer, Großviehhändler, Hotel-, Restaurant- und Kaffeebetrieb.

Zur I. Gruppe, die den vollen Betrag der obigen Summe zu zahlen hat, gehören Betriebe, die in Besitz des Steuerpflichtigen in Anwesenheit oder mehr beschäftigt haben zur II. Gruppe die Hälfte zahlt, solche von 14 bis 20 Anstellten, zur III. die den fünften Teil zahlt, solche mit 8 bis 14 Anstellten, zur IV. die den sechsten Teil zahlt, solche mit 4 bis 8, zur V. die den zehnten Teil zahlt, solche mit 1 bis 4 Anstellten, wobei die Zahl der Anstellten nicht gerechnet werden.

Neben diesen Merkmalen ist auch auf den Umsatz von 1922 mit den Erträgen dieser Zeit Rücksicht zu nehmen, auch auf die Höhe der ständigen Mittel. Die Entscheidung erfolgt nun nach der Höhe der Erträge und Zahlungsstermine werden noch veröffentlicht.

Die Geschäftsführung der Bank von Danzig. Die Hauptversammlung der Bank von Danzig soll demnächst stattfinden. Diejenigen Personen, die Aktien auf die Bank von Danzig besitzen, müssen bis spätestens Ende des Monats Februar den vollen Aktienbetrag einbezahlt haben. Andernfalls würden sie ihren Anspruch auf Anteile an der Bank verlieren und würden bei einem späteren Erwerb einen höheren Betrag zahlen. Der Wert des Besitzes einer Aktie dieser Bank besteht durchaus nicht in erster Reihe in dem guten und sicheren Papier, sondern in der Möglichkeit der Mitwirkung bei der Administration der Geschäftsbank der Bank. Der Staat besitzt keine Aktien auf Grund deren er die Interessen der Allgemeinheit vertreten könnte. Der Interessenschutz muß durch die Aktionäre selber erfolgen. Deshalb wäre es auch sehr zweckmäßig, wenn Aktionäre ihre Rechte in der Generalversammlung einfach den Banken übertragen wollten. Sie müssen selber zur Generalversammlung gehen oder ihre Vertretung einer als Interessenten Vertretung übertragen. Die Generalversammlung

lung ist für die Bank von Danzig die gleiche Machtquelle, wie der Volkstag für die Bevölkerung. Die Bank von Danzig hat eine große Macht über das ganze Wirtschaftsleben des Freistaats. Von der Höhe ihres Zinsfußes hängt das Gedeihen oder Verderben der Danziger Wirtschaft ab. Es ist auch ein großer Unterschied, ob die Bank von Danzig ihre Darlehen gegen sichere Wechsel etwa nur an Banken oder auch an Betriebe, Kaufleute usw. gibt. Die alle Fortsetzung, daß auch Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft gegen sichere Wechsel Darlehen zu billigen Zinsen, dem Diskontsatz der Notenbank, erhalten, kann in Danzig nur erfüllt werden oder auch nicht, je nachdem die Generalversammlung will. An sich besteht durchaus die Möglichkeit, daß diese Wünsche erfüllt werden.

## Die neue Beamtenbefolungsordnung zurückgezogen.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat der Senat die neue Beamtenbefolungsordnung, über die bereits zwischen der Regierung und dem Beamtentum eine Einigung erzielt war, wieder zurückgezogen. Die Rücknahme der Vorlage geschah auf Betreiben der Industriellen Senatoren Pertus, Dr. Kuger und Orzech, da diese erklärten, daß die neuen Beamtengehälter auf die Gehälter und Löhne in der Privatindustrie eine Rückwirkung haben würden. Der Senat soll die Beamten in anderer Weise zufrieden stellen.

Dadurch werde auch die Angabe der „Baltischen Presse“ über die Beamtenbefolungsordnung hinfällig. Es stimmt auch nicht, daß die Beamtenbefolungsordnung bereits dem Volkstag vorgelegt war.

Die Verschärfung des Zollwuchers. Im Volkstage ist folgende große Anfrage eingebracht: „Durch Verordnung des Präsidenten der Republik Polen sind mit Wirkung vom 18. Februar d. J. ab die Zölle erneut für eine Reihe von Lebens- und Genussmitteln ganz gewaltig erhöht worden. Z. B. werden Salzheringe, die bis dahin zollfrei waren und als wichtiges Volksernährungsmittel in allen Staaten zollfreie Einfuhr genossen, mit einem Zoll in der ungefähren Höhe des Wertes belegt. Durch diese enormen Zölle werden die Lebensinteressen der Danziger Bevölkerung und des Danziger Handels schwer geschädigt. Was gedenkt der Senat zu tun gegen diese erneute Verletzung der Lebensinteressen der Danziger Bevölkerung, die zu achten Polen sich verpflichtet hat.“

Das Opfer einer Schlägerei wurde gestern Abend der 22 Jahre alte Arbeiter Franz Schulz aus Neufahrwasser. Er geriet gestern Abend mit drei anderen Arbeitern auf dem Fischmeisterweg in Streit, bei dem leider wieder das Messer eine traurige Rolle spielte. Sch. erhielt Messerstiche in den Kopf, in die Brust und einen gefährlichen Bauchstich. Die Täter wurden in Haft genommen und der Verletzte ins Krankenhaus überführt.

Der polnische Sejm über Gdingen. Die Kommission für Seeangelegenheiten des polnischen Sejms hat sich unter Vorsitz von Galuska über den Stand der Handelsmarine unterrichten lassen. Referent war der Direktor in der Seeabteilung des Handelsministeriums Guranowski. Vor allen Dingen wurde über den Stand der Arbeiten in Gdingen gesprochen. Natürlich wurden dabei wieder die angeblichen „Schwierigkeiten“ betont, die der polnische Seehandel in Danzig hätte. Es wurde beschlossen, in einer gemeinsamen Sitzung der See-, Handels- und Industrie-Kommission die Frage des Gdingen Hafens neu zu besprechen.

Zwei folgenschwere Mörder. Der 60 Jahre alte Zimmermann Paul Neumann aus Schidlitz, Unterirake, war gestern Morgen für eine Baufirma in dem Turm der Chemischen Fabrik in Neufahrwasser beschäftigt und stürzte dabei aus 15—18 Meter Höhe ab. Er erlitt schwere Kopf- und Brustverletzungen und einen Oberschenkelbruch. Die Verletzungen führten gestern noch zu seinem Tode. — Der 66 Jahre alte Kutcher M. Klatt, Kreisrichter Weg. kürzte gestern von seinem Fuhrwerk so unglücklich auf die Deichsel, daß er mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Einbruch in einen Wagon. Der Arbeiter Wilm Sippel verübte mit drei anderen schon vorbestraften Personen, einen Einbruch in einen Wagon in der Hofenstraße. Die vier Diebe entwendeten Eisen, die dann verkauft wurde. Sippel erhielt von dem gemeinsamen Schöffengericht für seine Tat 14 Jahre Zuchthaus.

Die drahtlose Telephonie im Schiffsverkehr. Bemerkenswert ist das Interesse, das neuerdings an Nord und an der Küste der drahtlosen Telephonie angewandt wird. Die deutschen Küstenfunkstellen Norddeich, Euxhavog und Swinemünde haben ständig Versuchs- und Reichweitenversuche mit Schiffen im Atlantik unternommen. Besonders gute Ergebnisse hatten Versuche mit den Dampfern „Gav Polonio“ auf der Reise nach Südamerika und „Albert Wallin“ auf der Reise nach Nordamerika; diese ergaben, daß eine sichere Aufnahme der Sprache der mit einem S.-K.-W.-Sender ausgerüsteten Hauptfunkstelle Norddeich noch mehrere Tausende Meilen und westlich des atlantischen Kanals möglich ist. Sowohl an Land als auch an Bord sind Vorbereitungen im Gange, die den Endzweck haben, einen funktelephonischen Seemannsverkehr zwischen den Ostseestädten in Berlin, Bremen, Hamburg oder anderen deutschen Städten und den Reisenden an Bord zu ermöglichen.

Vorleseabend in der Volksbücherei. Am Sonntag fand im Ausleiheraum der Stadt-Volksbücherei am Jakobstor ein erstmalig veranstalteter Vorleseabend statt. Die Veranstaltung war gut besucht. Die Volksbibliothekarin, Fräulein Rindow, wies auf den Zweck der Vorlesenden hin. Diese Veranstaltungen sollen die Bildungsbereitschaft der Volksbücherei beleben und eine stärkere Gemeinschaft zwischen den Lesern und den Mitarbeitern an der Volksbücherei herbeiführen. Der Gedanke geht von Dr. Kerkner in Stettin aus, wo schon seit 1910 solche Vorlesenden stattfanden. In Charlottenburg, Emden und einigen anderen deutschen Städten wurde dann diesem Vorleser auf dem Gebiete der Belebung der Volksbildungsbereitschaft Befolgung geleistet, und nun will die Leitung der Volksbücherei auf Anregung von Herrn Senator Dr. Strunk, in Verbindung mit einem Ausschuss, der aus dem Vorkreis heraus gebildet worden ist, auch in Danzig der wertvollen Idee Wirklichkeit verleihen. Die Vortragshilfsmittel, Frau Elise Hoffmann, bot in dieser ersten Vortragshilfe in der Vorlesung der Vortragshilfen „Der Wackler“ von Paul Keller, sowie der Humoreske „Das Hausleben“ von Volte Pöh vollendetes. Herr Göb erzielte mit seinen köstlich vorzutragenden Gedichten „Am Plafett“ von Stiller, „Schöpfungsgeschichte“ von Trojan, und „Lust“, „Spargengeschichte von Rober, u. a. m. größte Heiterkeit. Dazwischen sang Frau Brödersdorf erhebe und heitere Lieder zur Laute, die allgemein mit großer Freude aufgenommen wurden. Der nächste Vortragabend findet am 16. März statt.

## Die Ausgaben der Wohlfahrtsfürsorge.

Der sieben fertiggestellte freistaatliche Haushaltplan für Soziales, Kirchen- und Gesundheitswesen fordert für 1924 einen Gesamtzuschuß von 8,2 Millionen Gulden. Daran ist eine ganze Anzahl von Einrichtungen beteiligt. Für das Wohlfahrtswesen sind 2,5 Millionen Gulden vorgesehen. Fast die Hälfte dieser Summe (1.100.000 Gulden) erfordert die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge der Hauptfürsorgestelle, 40 Prozent dieser Ausgaben werden vom Deutschen Reich erstatet, 800 Teilnehmer aus früheren Kriegen erhalten monatlich 12,50 Gulden Veteranenbeihilfe, was einer Gesamtsumme von 120.000 Gulden entspricht, 888.000 Gulden sollen an die Gemeinden für Erwerbslosenunterstützung erstatet werden. Es ist jedoch vorgesehen, daß nur an 1500 Erwerbslose Unterstützung gezahlt wird. An Zivilstandes- und Arbeiter der ehemaligen Staatsbetriebe sollen 14.400 Gulden Renten zur Auszahlung kommen. Kleinrentnerunterstützung kommt an 2500 Empfänger mit jährlich je 144 Gulden zur Auszahlung, was insgesamt 360.000 Gulden erfordert.

Die Landarmenverwaltung nimmt 692.100 Gulden in Anspruch, denen rund 300.000 Gulden Einnahme als Beitrag der Gemeinden usw. gegenübersteht. Für Anstaltspflegekosten der Schwachsinnigen, Kräftigen, Geisteskranken und Blinden sind 500.000 Gulden vorgesehen. Es werden versorgt 370 Geisteskrante, 100 Schwachsinnige. Die staatl. Blindenanstalt Königsplatz verfügt über 67.000 Gulden Einnahme aus Arbeitsverdienst usw. Es sind 68 Blinde vorhanden, und zwar: schulpflichtige 34, Pflanzlinge 45, Kriegsblinde 10. Die Ausgaben der Blindenanstalt werden auf 117.000 Gulden geschätzt.

Die Kosten der Fürsorgeerziehung 175 Juenger sind mit 271.000 Gulden veranschlagt, davon 189.000 Gulden für Pflege- und Bekleidungskosten. In der Fürsorgeanstalt Silberhammer sind 80 Jügelinge und 11 Jügelinge untergebracht. Beschäftigt werden 1 Direktor, 1 Nebendirektor, 7 Aufseher, 10 Angestellte und 1 Nachtwächter. Die Gesamtausgaben für Silberhammer betragen 179.000 Gulden, hinzu kommen noch 44.100 Gulden zum Ausbau der Anstalt. In Tempelburg sind rund 200 Jugendliche untergebracht. Die Ausgabe für ihre Ernährung beträgt pro Kopf und Tag etwa 60 Pfg. Hier werden beschäftigt: 1 Direktor, 2 Lehrer, 1 Nebendirektor, 1 Wirtschaftskontrollant, 9 Aufseher. Die Anstalt Tempelburg veranlaßt im Jahre 1924 rund 176.000 Gulden Ausgaben.

Das Landesversicherungsamt erfordert an sachlichen und persönlichen Ausgaben 154.000 Gulden, das Oberversicherungsamt für die gleichen Zwecke 10.000 Gulden.

In Staatszuschüssen für Familien- und Waisenfürsorge sind 250.000 Gulden vorgesehen, an geschlichen Zuschüssen zu den Renten der Invalidenversicherung 900.000 Gulden.

Beim Hauptversorgungsamt waren bisher etwa 106 Personen, Beamte und Angestellte beschäftigt. In Zukunft sollen nur 44 Personen beschäftigt werden. Es sind zu betreuen: 4066 Kriegsbeschädigte, 2642 Witwen, 6984 Halbwaisen, 382 Postwaisen, 429 Elternpaare und 476 Elternkinder. Die Ausgabe dieser Dienststelle beträgt 2,1 Mill. Gulden.

Auch das Pensionsamt ist stark abgebaut worden. Hier wurden bisher 78 Personen beschäftigt, jetzt nur 4 Beamte und 10 Angestellte. Es erhalten 2255 Personen Zivilbeamten-Ruhegehälter, Witwen- und Waisengehälter in Höhe von 2,7 Mill. Gulden; 709 Personen Offiziers- und Militärbeamtenruhegehälter, Witwen und Waisengehälter im Gesamtbetrag von rund 1,1 Mill. Gulden. Die Gesamtausgaben des Pensionsamtes betragen 1,8 Mill. Gulden.

Das Versorgungsgericht verurteilt 18.600 Gulden Ausgabe.

Sehr hoch sind die Summen, die der Staat der Kirche zuwendet. Die evangelische Kirche erhält aus Mitteln des Staates einen Zuschuß von rund 400.000 Gulden, davon dienen 165.000 Gulden zur Anstellung der Gehälter der Geistlichen. Die katholische Kirche erhält aus Staatsmitteln rund 250.000 Gulden Zuschuß, wovon 180.000 Gulden zur Besoldung der Geistlichen verwandt werden. Für kirchliche Zwecke werden also recht beträchtliche Mittel verwandt, die durch Steuern von Christen, Juden und Heiden angebracht werden. Wir sind der Ansicht, daß die Religionsgemeinschaften ihre Angestellten aus eigenen Mitteln unterhalten sollten.

Gegenüber den Summen, die vom Staat für kirchliche Zwecke verwandt werden, nimmt sich die Ausgabe für das freistaatliche Gesundheitswesen in Höhe von rund 70.000 Gulden recht bescheiden aus. Die staatliche Frauenklinik hat eine Ausgabe von 81.400 Gulden, jedoch eine Einnahme von 25.000 Gulden, so daß nur ein Zuschuß von 56.400 Gulden erforderlich ist. Das Hygienische Institut erfordert einen Zuschuß von 11.000 Gulden; dagegen kann das Chemische Untersuchungsamt mit einem Ueberschuß auswarten: einer Ausgabe von 31.000 Gulden steht eine Einnahme von 45.000 Gulden gegenüber. Die Veterinärverwaltung erfordert wiederum einen Zuschuß von 80.000 Gulden. Die Hafen- und Schiffsbewachung kostet dem Freistaat rund 5000 Gulden. Für einmalige Ausgaben werden von der Gesundheitsverwaltung 49.000 Gulden angefordert, wovon 37.000 Gulden für den Ausbau der Lungenheilstätte Jena u verwandt werden sollen. Der Gesamtetat schließt mit ganz respektablen Summen ab, und zwar in Einnahme mit 4,9 Millionen Gulden, in Ausgabe mit 19,1 Millionen Gulden, so daß ein Zuschuß von 8,2 Millionen Gulden notwendig ist.

Die Notierungen für Schlachtvieh ergaben auf dem getriebenen Schlachtviehmarkt folgende Preise: Rinder: Ochsen: Schlachtvieh jüngere und ältere 45 bis 47. — Bullen: Ausgewählte höchsten Schlachtwerts 47 bis 48, vollfleischige Kühe und ältere 40 bis 42. — Ferkeln und Lämmer: Ausgewählte Ferkeln und Lämmer höchsten Schlachtwerts 48 bis 50, vollfleischige Ferkeln und Lämmer 40 bis 42, mäßig gemästete Ferkeln und Lämmer 30 bis 33, Jungvieh einschl. Ferkel 32 bis 40. — Kälber: Gute Mastkälber 65 bis 75, mittlere Mast- und gute Saugkälber 40 bis 45, geringe Mast- und Saugkälber 30 bis 35. — Schafe: Mastlämmer und jüngere Mastlammel 42 bis 45, vollfleischige Schafvieh 30 bis 35. — Schweine: Fett-schweine über 150 Kilo Lebendgewicht 51 bis 53, vollfleischige von 75 bis 100 Kilo Lebendgewicht 55 bis 57. Die Preise sind für 50 Kilo Lebendgewicht in Danziger Gulden frei Schlachthof. Die Freigeberpreise ab Verladung sind etwa 15 bis 20 Prozent geringer. Der Auftrieb betrug in der Zeit vom 12. bis 19. Februar: 7 Ochsen, 78 Bullen, 104 Kühe, zusammen 189 Rinder, 107 Kälber, 170 Schafe, 1027 Schweine. Der Marktverlauf war für Rinder ruhig, Kälber gedrückt, Schafe



# Danziger Nachrichten

## Die Kosten der Danziger Justiz.

Für das Etatsjahr 1924 rechnet die Justizverwaltung mit einer Einnahme von 3,8 Millionen Gulden; 3 Millionen Gulden sollen allein Kosten und Geldstrafen einbringen. Die Beschäftigung der Beamten 210.000 Gulden. Ein bißchen reichlich ist der Beamtenapparat der Rechtsprechung für unseren kleinen Freistaat. Im Etat 1923 waren folgende für unseren kleinen Freistaat. Im Etat 1923 waren folgende für unseren kleinen Freistaat. Im Etat 1923 waren folgende für unseren kleinen Freistaat.

In den Danziger Strafanstalten ist die Zahl der Beamten von 49 auf 52 erhöht worden. Die Belegung des Gefängnisses auf Neuaarten betrug im Juni 1922 400 im Oktober 1923: 600 und wird im Sommer 1924 auf 800 Personen geschätzt. Für die Verpflegung der Gefangenen sind 300.000 Gulden angesetzt worden. Es sind 300 Zuchthausgefangene vorhanden, die in deutschen Strafanstalten untergebracht worden sind und im Jahre 1924 etwa 200.000 Gulden Kosten verursachen. Die im Jugendgefängnis Silberhammer untergebrachten Personen erfordern eine Ausgabe von rund 10.000 Gulden.

An weiteren Ausgaben sind vorgesehen: 8000 Gulden: Entschädigungen der Schöffen und Geschworenen und der Besitzer der Bahneinrichtungsämter; 81.000 Gulden Aufschüsse für Beamte im Vorbereitungsamt. Zur Unterhaltung der Justizgebäude sind 40.000 Gulden notwendig. Für einmahlige Ausgaben werden 95.000 Gulden angefordert. Davon sollen 91.000 Gulden (8. Rate) zur Erweiterung des Gefängnisgefängnisses dienen.

Dann heißt es in dem Etat wörtlich: „Für den erweiterten Betrieb der Strafanstaltsdruckerei ist die Beschaffung einer Seismaschine unbedingt nötig. Der Ankaufpreis beträgt einschließlich der Kosten für Aufstellung um 30.000 Gulden.“ Die Gefängnisdruckerei hat schon einmal den Volkstag beschäftigt; damals wurde beruhigend erklärt, daß diese Druckerei nur für den Bedarf der Justizverwaltung arbeitete. Das scheint jetzt anders werden zu sollen, denn für die Arbeiten der Justizverwaltung ist eine Seismaschine nicht zu gebrauchen und auch nicht erforderlich. Kommt diese Maschine zur Aufstellung, dürfte sie die erste sein, die in einer Gefängnisdruckerei arbeitet.

Insgesamt weist der Etat der Justizverwaltung eine Einnahme von 3,8 Millionen Gulden und eine Ausgabe von 4,1 Millionen Gulden nach, so daß ein Zuschuß von rund 340.000 Gulden notwendig ist. In einer der letzten Volksstimmungen wurde von sozialdemokratischen Sachverständigen erklärt, daß sich bei der Justiz durch Reformen sehr leicht Ersparnisse machen ließen. Von anderer Seite wurden die hohen Gerichtskosten kritisiert. Es wäre an der Zeit, wenn die Reform der Danziger Justizwesen recht bald und annehmlich erfolgen würde.

## Erstes Konzert Siegmund und Emanuel Feuermann.

Nachdem ein für alle Teile höchst unerquidlicher Streit die geplanten Philharmonischen Konzerte verhindert hat, haben gestern die Brüder Feuermann ihren ersten öffentlichen Abend. Emanuel, der Geige, und sein jüngerer Bruder Siegmund, der Violine, haben eine Reihe von beiden. Der Ton seines hervorragenden Instrumentes hat Kraft, Fülle, Intensität und Weichheit; seine Musikalität ist unangekämpft von Hiererei und Stimmungsmäßigkeiten, eher robust zupackend, selbst den erlähmten Citraki herauf-treibend; seine Technik läßt ihn selten im Stich. Deshalb verdanke man ihm auch die lauteste und befremdendste Tat des Konzertes. Die C-Dur-Suite Nr. 3 von J. S. Bach für Cello allein. Hier wüßte man Blut von unserm Blut, in diesen knappen, männlich rühmlichen Taktzügen, die zu schade, zu kostbar sind, als daß man sie mit Schmutz beschwärt. Fort ab, meine Herrschaften, und stille sein: eine Gnade sent sich auf euch! Emanuel Feuermann blieb dem Werk nichts schuldig. Wesentlich schwächer geriet ihm die Sonate von Vocatelli, wo besonders im Eingangsallegro das unverständlich überlagte Tempo, der dicke Strich, ja selbst auffallende technische Versehen hörten. Die ganze Sonate wirkte hilflos, zeigte Merkmale einer unpassenden Nervosität und Unsicherheit, die man bei dem geschmackvollen Künstler sonst nicht gemohnt ist.

Der Geiger Siegmund Feuermann war mit peinlichem Verständnis, eine Enttäuschung. Sein Spiel ist von der salomäischen Gelehrtheit und weinerlichen Schönheit eines Kaffeehausvirtuosen höheren Ranges, das gerade Gegenteil seines Bruders. Die Kleinheit, die Steigerungsimpotenz, die gleichbleibende Weichheit seines Tones läßt einen erschauern. Das einjährige Violinkonzert von G. S. Paganini, das schon an sich unter einem Jubel von aufstrebender Schwärmerei leidet, wurde unter seinen Fingern zu einem unerträglichem na: „Ohrenschmaus“. Himmel, was hätte Herr Siegmund Feuermann aus dem verheißenen Beethovenkonzert gemacht; ein Glück, daß der Streich der Stadtheaterleute diese Darbietung verhindert hat! Den Schluß bildete das Brahms'sche Doppelkonzert op. 102, über das anfänglich der heutigen Wiederholung noch ein paar Worte gesagt werden sollen. Die Beileitung wurde von E. K. Mertins in schönster Weise durch-

geführt. Es lag wohl an ihr, daß das Werk von Brahms mit Klavier als Dreierkonzert eine mißliche Sache bleibt. Das Publikum klatschte (und fror).

Ein sehlgangener Einbruch. Die Arbeiter Karl Gronau und Alex Scholla besaßen gemeinlich nachts in Danzig einen Einbruch in einen Keller. Dabei waren die Rollen so verteilt, daß Scholla einbrach und Gronau Schmittere stand. Die Einbrecher wurden erwischt, weil das Verurteilen des Gronau einem Kriminalbeamten aufstell. Scholla wurde festgenommen und vor einjähriger Zeit zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gronau hatte sich erst jetzt wegen seiner Mitwirkung vor dem gemeinlichen Schöffengericht zu verantworten. Er behauptete: zwar, daß er Aufsichtsdienste leistete, doch das Gericht gewann die Überzeugung, daß er diesen Dienst übernommen hat und verdammt, als der Kriminalbeamte eintritt. Das Urteil lautete gegen ihn gleichfalls auf 2 Jahre Zuchthaus.

## Standesamt vom 19. Februar 1924.

Todesfälle: Pensionierter Obermillitär-Intendantur-Registrator, Rechnungsrat Carl Thiem, 75 J. 6 M. — Witwe Dorothea Schwarzkopf geb. Kofa, 77 J. 3 M. — T. des Dankevollmüchtigen Martin Czarnikau, 4 M. — Diakonin Valcska Zenger, 68 J. — Witwe Johanna Wendrich geb. Volkau, 81 J. 4 M. — S. des Arbeiters Johann Salomon 1 J. 3 M. — T. des Arbeiters Ernst Teich, 7 Wch. — Schiffzimmermann Albert Wojcicki, 64 J. 5 M. Schüler Heinz-Lothar Bengel, 18 J. 5 M. — T. des Schiffbauers Heinrich Stahl, 21 J. — Schmiedemeister Leopold Groß, 87 J. 4 M. — Witwe Marie Stallinski geb. Gebauer, 73 J. 6 M. — Witwe Emilie Schramm geb. Kautz, 70 J. 8 M. — Kaufmann Julius Silber, 73 J. 3 M.

## Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 19. 2. 24  
 1 Dollar: 5,84 Danziger Gulden.  
 1 Million poln. Mark: 0,63 Danziger Gulden.  
 1 Rentenmark 1,35 Gulden.  
 1 Billion Reichsmark 1,30.  
 Berlin, 19. 2. 24  
 1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18 Billionen Mk.  
 Danziger Getreidepreise vom 19. Februar. (Ämtlich.)  
 In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 10,30-10,75. Roggen 6,95-7,00. Gerste 6,90-7,00. Hafer 6,50-7,00. Viktoriaerbsen 25,00-27,50. Peluschken 8,50-8,75. Wicken 7,00-7,50.

Verantwortlich: für Politik Ernst Goops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für literarische Artikel Anton Kosken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. G. G. u. Co. Danzig.

# Linden-Kabarett · Danzig

Donnerstag, den 21. Februar, 7 Uhr abends

## Wohltätigkeits-Vorstellung

zugunsten der Kinderhilfe des Roten Kreuzes

im

## Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus

### PROGRAMM

I. Teil:

### Konzert der gesamten Schupokapelle

unter persönlicher Leitung von Herrn Obermusikmeister Stieberitz.

II. und III. Teil:

### Varieté-Vorstellung der schweren Geschütze

vom Altstädtischen Graben.

U. a.

### Jansens unübertreffliche Hundedressuren 4 Pelidas trojanische Spiele

und als gänzlich neu für Danzig

### das große Diabolo-Phänomen Bruno Klatt.

Außerdem noch

### die sicheren Treffer des Linden-Kabarets mit den beiden Pfeifkanonen im Duett.

Hilfe tut not!

Vorverkauf im Linden-Kabarett  
Altstädtischer Graben 93

Hilfe tut not!

Die Direktion des Linden-Kabarets  
Gust. Rasch.

### Fahrräder, Nähmaschinen

Mäntel, Schläuche sowie alle Fahrradteile, Taschenlampen, Batterien, Feuerzeuge kaufen Sie in bester Qualität zu enorm billigen Tagespreisen bei

Gustav Ehms,  
Fahrradgroßhandlung,  
1. Damm 22/3,  
Ecke Breiteasse.

### Sinder-

Bromenadenwagen  
fast neu, zu verkaufen  
Koppert, Friedrichstr. 3/4

### Damenkostüm

für mittlere Figur sowie  
Jüngerl. - W. - Palet.  
zu verkaufen. Kaschubisch  
Markt 13, 3 Tr.

### Bachjamer Hund

zu verk. Kleia, Langf.  
Hauptstr. 76. pt. rechts

### Sportliegewagen

mit Verdeck zu kaufen  
neulich. Off. u. V. 1968 a. d.  
Exped. d. Volksstimme.

### Ein Zimmer

ist zu vermieten.  
Im Schild 10.

### Ein junger Mann such

Schlafstelle  
mit Beköstigung. Offert.  
unt. V. 1967 an die Exped.  
der Volksstimme.

### Blusen, Kleider sowie Mäntel und Kostüme

fertigt an  
Fr. Rehrhardt, Rehsch.  
Wasser, Albrechtstr. 22, 1

### Achtung! Aufpassen! + Brauchmittel +

Gott mit allen  
Schwindelmitteln,  
lassen Sie sich nicht irreführen  
durch vielversprechende u. prähe-  
ritische Angebote. Kaufen Sie keine  
unvollständigen, sondern Schwindel-  
mittel, sondern machen Sie einen  
Versuch mit meinem erprobtem  
wirk-  
samem Spezialmittel.  
Seit vielen Jahren ist es  
bewährt

### Wenn Ihnen die monatliche Regel oder ganz aus- bleibt, haben Sie Ver- trauen zu mir und schreiben Sie sicher, wie lange Sie schon die- sen. Ich helfe und sende Ihre Ge- sundheit, bringe Ihre Keitruno. Sie können wieder einen Lebens- niß haben und werden mit wenig Geld den Erfolg erzielen. 2-3 Stunden ohne Verabreichung. Jede Ideal lauter Dankschreiben ein, auch Geschenke. Unschäd- lich, wirkt ohne Nebenwirkung. Direkter Versand p. Nachnahme.

### Sehrschöner Sambura 2, C. 24 Wladimirstraße Nr. 44.1

Nervenschwäche nervösen Beschwer-  
den jeder Art. Besondere bei  
Nervenschwäche, Herz- und Nervenleiden.  
Dr. G. H. Prillwitz & Co., Berlin, Potsdamer Straße 104 b.

## la Prestorff

brühetartig, höchste Heizkraft, 3tr. 0,90  
Wilhelm Prillwitz, Potsdamer Str.

Jüngerer, ehrlicher  
Laufbursche  
bei gutem Lohn sofort gesucht.  
Danziger Volksstimme,  
Am Spandhaus 6.

## Laufbursche

bei gutem Lohn sofort gesucht.  
Danziger Volksstimme,  
Am Spandhaus 6.

# L. Guttzeit

vormals  
A. Lehmann

Jopengasse 31-32 DANZIG Jopengasse 31-32

Fernruf 3224 Geegründet 1858

Optisch-chirurgisches Geschäft  
 Fabrik künstlicher Glieder, Bruch-  
 bänder und sämtlicher Bandagen  
 Abteilung aller Krankenartikel  
 Gummiwaren und Verbandstoffe

# Stadtheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.  
 Heute, Mittwoch, den 20. Februar, abends 7 Uhr:  
 Dauerkarten Serie 2  
**Michael Kramer**  
 Drama in 4 Aufzügen von Gerhart Hauptmann.  
 In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Metz.  
 Personen wie bekannt. Ende gegen 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.  
 Donnerstag, 21. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten  
 haben keine Gültigkeit. „Der Opernbau“.  
 Operette in 3 Akten.  
 Freitag, 22. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten  
 Serie 3. „Die fünf Frankfurter“. Lustspiel.  
 Sonnabend, 23. Febr., abends 7 Uhr. Dauerkarten  
 haben keine Gültigkeit. Gemöbl. Opernpreise.  
 Gekuppel der „Danziger Langbär“. Zum  
 1. Male. Langbärstungen nach Peer Gynt.  
 Sonntag, 24. Februar, vorm 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Gemöbl. Opern-  
 Schauspielpreise. Naturwissenschaftl. Demon-  
 stration-Vortrag des Berliner Physikers  
 Joseph Bellachal. Der Mensch vor hundert-  
 tausend Jahren.

**Danziger Heimat-Abend**  
 am Montag, den 25. Februar, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im  
 Großen Saale des Friedr.-Wilh.-Schützenhauses

**Gleichheit über ein Danziger Heimatlied**  
 Mitwirkende: Margarethe Korth, Carl Brädel,  
 Otto Müller, Herbert Selke, Danziger Männer-  
 gesang-Verein (Chormeister Paul Stange)  
 Aus der Vortragsfolge: Heimatdichtungen,  
 Danziger Heimatlied von Paul Enderling in  
 drei Versionen. Zum Schluß Abstimmung  
 der Teilnehmer über die drei Kompositionen.  
 Karten zu 4.—, 3.—, 2.— Gulden, Stehplätze  
 und Schülerkarten 1.— Gulden, bei Herman  
 Pau, Langgasse 71, und Franz Arndt,  
 Langfuhr, Hauptstraße 106 11999  
 Der Reinertrag  
 wird dem Verein für Jericahkolonien überwiesen

**Kaufen Sie** 11774  
 Ihre Sonntags- und Arbeits-Schuhe  
**direkt vom**  
**Schuhfabrik-Lager**  
**„Express“**  
 Besonders billig Damen-Stiefel.  
 Spezielle Abteilung  
 für Arbeits-Schuhe.  
**Fleischergasse 74.**

VORTRAGS-FOLGE:  
**„Berühmte Kinder Danzigs“**  
 veranstaltet von der Frauengruppe  
 des Roten Kreuzes zum Besten der  
**„Kinderhilfe des Roten Kreuzes“**  
 1. Vortrag von Herrn Senator Dr. Volkman  
 über  
**Daniel Chodowiecki**  
 (Lichtbilder)  
 In der Aula der Techn. Hochschule  
 am Freitag, den 22. Februar 1924,  
 abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr 11992  
 Eintrittskarten 3, 2 und 1 G bei der Firma  
 W. F. BURAU in Danzig und Langfuhr

Ich praktiziere jetzt bis 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr nachm.  
**Zahnarzt Mallachow**  
 Langgasse 48/49 (neben dem Rathaus)

**Billige Kohlen**  
 Holz und Briketts  
 stets unter dem Tagespreis sind zu beziehen  
 Holz- und Kohlenhandlung Karjinski  
 Kneipab 24 d 11951

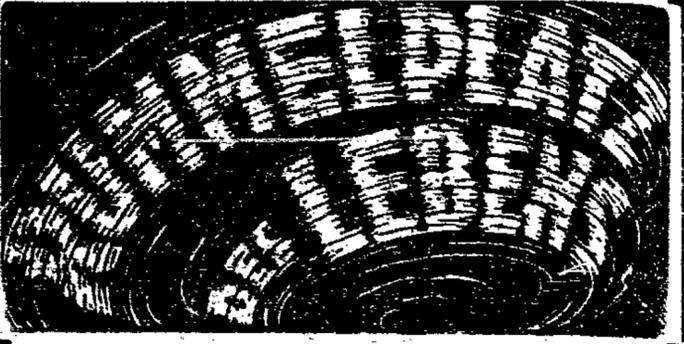
**Ausgerechnet!**  
**Bananen-Likör**  
 verlangen Sie bei 12077  
**R. Scheer**  
 Danziger Likör- und Weinzentrale  
 Junkergasse 1a, an der Markthalle

**Volkfürsorge**  
 Gewerkschaftlich-Genossen-  
 schaftliche Versicherungs-  
 Aktiengesellschaft  
 — Sterbekasse. —  
 Kein Policenverkauf.  
 Günstige Tarife für  
 Erwachsene und Kinder  
 Auskunft in den Bureaus  
 der Arbeiterorganisationen  
 und von der  
 Rechnungsstelle 16 Danzig  
 Büro:  
 Markhaufgasse 6 U

**Stempel- & Schilderfabr.**  
**Mering**  
 Markhaufgasse 6 U  
 15147

**Leini. möbl. Zimmer**  
 mit Küchenanlehnung von  
 einem anstünd. Mädchen  
 im Mittelpunkte der Stadt  
 gesucht. Angeb. u. P. an d.  
 Exped. d. Volksstimme (7)

**Flamingo**  
 Bühne und Film Vornehme Lichtspiele  
 Junkergasse Nr. 7 Telefon Nr. 6910  
 So . . . !  
 der Film hält, was er verspricht . . .  
**WIEN**  
 wie es lacht, lebt, liebt und weint  
 urteilt! das Publikum und  
 die gesamte Danziger Presse 12026



**Warum? Weil** dieses der schönste, bestinszenierte,  
 ideenreichste Film der Gegenwart ist  
 Beginn: 4, 6.10, 8.15 Uhr  
 Nur noch heute und morgen

# Frühjahrseröffnung 1924.

Wir erlauben uns hierdurch höf. bekannt zu geben, daß unsere Frühjahrsmoden fast vollzählig am Lager sind. Mit großer Umsicht haben wir für enorme Auswahl in unseren Artikeln Sorge getragen und gestatten uns, einen kleinen Ueberblick an den nächsten 3 Sonntagen durch Schaufenster- und Innendekoration zu geben.

Die Reichhaltigkeit unseres Lagers erleichtert den Einkauf des Publikums sehr, da wir allen Ansprüchen gerecht werden können.

Da die Stärke unseres Spezialgeschäftes in der Viel-  
seitigkeit eines Artikels liegt, läßt sich unsere besondere  
Leistungsfähigkeit nicht von der Hand weisen.

# Max Fleischer Nachf. g.

Größtes Spezialhaus für Damen- u. Kinder-Konfektion

Telephon 755

Grosse Wollwebergasse 9-10

Telephon 755